

der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

5. Jahrgang / Ausgabe 24 - Nr. 1 / 2015

www.die-linke-nwm.de



Maßnahmeplan zur Bekämpfung der Kinderarmut



Von Uwe Boldt

Die 2. Tagung des 4. LPT am 6. Dezember konzentrierte sich auf die politischen Schwerpunkte linker Landespolitik für 2015. Dabei wurde im beschlossenen Maßnahmeplan: "Wege aus der Kinderarmut in Mecklenburg Vorpommern" auf die unrühmlichen Ergebnisse einer bundesweiten Analyse der Kinderarmut in Deutschland Bezug genommen. In diesem Vergleich nimmt M-V den vorletzten Platz ein und macht somit deutlich, dass Kinderarmut ein erschreckendes Ausmaß bei uns angenommen hat. Hier muss Politik reagieren.

Jacqueline Bernhardt, Mitglied des Landesvorstandes und kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, zog eine positive Bilanz der Kampagne "Für Kinder - gegen Armut!" und zeigte die daraus entstandenen Maßnahmen für dieses Jahr auf.

Mit dem Maßnahmeplan soll erreicht werden, dass sowohl auf Landesebene als auch in den Kreisen und Kommunen deutlich mehr Augenmerk auf die Probleme der Bekämpfung von Kinderarmut gelenkt wird. Es muss gewährleistet sein, dass sich die materielle Versorgung des Kindes verbessert, seine Bildungschancen gesteigert werden, es bei der Pflege von sozialen Kontakten nicht ausgegrenzt wird sowie seine körperli-

che und geistige Gesundheit sich altersgerecht entwickeln.

Der Parteitag hat fünf politische Handlungsfelder dazu formuliert:

1. Grundlagen für langfristig angelegte Politik für Kinder schaffen.
2. Einleitung von Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Kinder.
3. Durchsetzung von politischen Maßnahmen, die zu höheren Schulabschlüssen und weniger Schulabbrechern führen.
4. Erhaltung und Ausbau des Netzes staatlicher Infrastruktur zur Grundversorgung mit sozialen und kulturellen Angeboten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
5. Verbesserung der finanziellen Situation in den Familien.

Im Maßnahmeplan sind die einzelnen o.g. Punkte ausführlich beschrieben und dienen bereits als politische Grundlage für dessen Umsetzung.

Die Landesvorsitzende, Heidrun Blum, machte in ihrer Rede deutlich, dass Kinderarmut eng mit prekärer Beschäftigung der Eltern zusammenhängt und stimmte deshalb die Delegierten auf den Start der Kampagne der Bundespartei gegen prekäre Beschäftigung ein.

Der Landesparteitag beschloss deshalb, dass der Landesvorstand mit der Durchführung der vom

Bundesvorstand beschlossenen Kampagne „Das muss drin sein, Leben ohne Zumutungen“ beauftragt wird. Die Fraktion des Landtages wird gebeten, mit all den ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln die Ziele der Kampagne zu unterstützen und sich aktiv an der Umsetzung zu beteiligen.

Die Kreisverbände, die Fraktion im Landtag M-V, die LAG Soziales, die LAG Betrieb und Gewerkschaft, die junge Fraktion, die Linksjugend [solid] sowie der Studierendenverband [die linke.sds] werden ersucht, gegenüber dem Landesverband jeweils einen Beauftragten für die Kampagne zu benennen. Sie sind gebeten, ihre Vorschläge und Ideen zur Durchführung der Kampagne in den Vorbereitungsprozess einzupreisen. Im ersten Quartal dieses Jahres soll dann durch den Landesvorstand unter Beteiligung der o.g. Gremien und weiterer Interessierter ein entsprechender Workshop durchgeführt werden.

Beide Kampagnen werden eng verknüpft das politische Profil unserer Partei in diesem Jahr prägen.

Der Landesvorstand ist beauftragt, eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Durchführung der Kampagnen zu bilden. (Eine erste Beratung der AG fand am 22.01.2015 statt.)

Nächster Kreisparteitag! 18. April 2015

Tagungsort ist die "Malzfabrik Grevesmühlen" in 23936 Grevesmühlen, Börzower Weg 3.

Beginn ist 9.30 Uhr, Tagungsende ist 15.00 Uhr???

Es erfolgen 5 Wahlen:

1. Kreisvorstand mit 12 Genn./ Gen.
2. Kreisfinanzrevision mit 3 Genn./ Gen.
3. Delegierte 5. Landesparteitag/ 1. Tagung 07.-08. November 2015 mit 8 Genn./ Gen.
4. VertreterInnen für LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Wahl des 7. Landtages M-V mit 8 Genn./ Gen.
5. VertreterInnen Landesausschuss mit 2 Genn./ Gen.

Inhaltlich wird sich der Kreisparteitag mit der Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben "Das muss drin sein. Leben ohne Zumutungen." beschäftigen.

Ostermarsch 2015



Am 4. April findet der schon traditionelle Wismarer Ostermarsch statt.

Die Teilnehmer sammeln sich auf dem Weidendamm. Um 10 Uhr formiert sich der Demonstrationstrupp zum Marsch Richtung Markt. Dort findet ab 12 Uhr die Abschlusskundgebung statt. Alle friedensbewegten Bürger sind zur Teilnahme aufgerufen.

Spende für den Verkehrsgarten

Seit 3 Jahren haben wir uns als Fraktion um einen Verkehrsgarten für die Kinder in Gadebusch bemüht. Dieses Ziel haben wir auch ins Wahlprogramm der LINKEN für den Zeitraum (2014-2019) aufgenommen. Im Zusammenhang mit dem Bau eines neuen Hortgebäudes (Übergabe fand am 12.12.2014 statt) wurde auf dem Gelände am Burgsee ein solcher geplant und gebaut.

Dafür habe ich mir zu meinem 60. Geburtstag Geld schenken lassen und überreichte dieses in Höhe von 600 Euro an die Stadt. Für



dieses Geld wurden u.a. Fahrräder angeschafft. Bedanken möchte ich mich bei allen Gratulanten, die dieses möglich gemacht haben. Als Fraktion möchten wir damit auch ein Zeichen setzen.

Sonja Weise, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Gadebuscher Stadtvertretung

Der Kampf gegen CETA und TTIP geht weiter



Von
Lutz Tannhäuser

Die EU-Kommission scheint fest entschlossen, die geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA gegen den Widerstand breiter Bevölkerungsteile durchzupeitschen. In Deutschland unterstützt besonders die Bundeskanzlerin den Kurs der EU, aber auch die SPD-Führung rückt mehr und mehr von den Beschlüssen ihres Parteikonvents zu TTIP ab. Währenddessen geht die von 240 europäischen NGO angestoßene Unterschriftensammlung weiter; mit **1.261.149 Unterschriften** war Mitte Januar die angepeilte Zahl von einer Million schon deutlich überschritten und die Sammlung geht weiter.

Windkraft bewegt die Bürger

Von *Thomas Konieczny*

Die am 14. Januar gemeinsam mit dem kommunalpolitischen Forum Nordwestmecklenburg und der Stadtfraktion der LINKEN in der Gadebuscher Stadtvertretung organisierte Informationsveranstaltung zum Thema Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die Bevölkerung und auf die Umwelt war ein voller Erfolg.

Über 60 Einwohner der Stadt Gadebusch, ihrer Ortsteile und der anliegenden Gemeinden nahmen an der Veranstaltung teil und nutzten die Möglichkeit sich kompetent über dieses umstrittene und hoch emotionale Thema von unab-



hängiger Seite zu informieren. Als Referenten konnten wir den Fachdienstleiter Umwelt beim Landkreis Nordwestmecklenburg, Herrn Dr. Finke, begrüßen. Nach Beendigung des Vortrages gestal-

tete sich eine rege Diskussion und die Anwesenden machten regen Gebrauch von der Möglichkeit, sich mit ihren Fragen an den Fachdienstleiter zu wenden.

Versprechen eingelöst

Geld für Nachwuchsarbeit an die TSG Gadebusch Schachjugend übergeben

Von *Thomas Konieczny*

Versprechen eingelöst – Geld für Nachwuchsarbeit an die TSG Gadebusch Schachjugend übergeben

Im Oktober beteiligte sich die LINKE Gadebusch erstmalig mit einem eigenen Stand am Gadebuscher Herbstmarkt.

Gegen eine kleine Spende wurde an die Besucher des Marktes Obst und Gemüse abgegeben. Insgesamt wurden 125 Euro eingenommen. Dieses wurde nun am letzten



Training des Jahres 2014 an die Kinder und an die Übungsleiterin

Uta Dorendorf übergeben.

Linke Senioren beim NDR

Foto u. Bericht *Günther Bruns*

Wir linken Senioren aus NWM wollten uns einmal genauer informieren, wie die Programme des NDR-MV im Rundfunk und im Fernsehen gestaltet werden. Die Programmleiter beider Abteilungen stellten sich unseren Fragen und gaben uns einen Überblick über ihre Arbeit. Es wurde von den Teilnehmern kritisiert, dass im Nordmagazin viel zu häufig über Leute berichtet wurde, die die DDR verlassen haben, während Menschen, die nach der Wende ihr neues Leben aufbauten, kaum zu Wort kamen. Viel zu häufig wurde die Arbeit der Sicherheitsorgane herabgewürdigt. Es wurde angekündigt, dass im nächsten Jahr eine vielseitigere Berichterstattung durchgeführt wird.

Einem Teilnehmer unserer Gruppe



gefiel es nicht, dass bei den Dorfgeschichten im Nordmagazin keine Landkarten gezeigt wurden. Außerdem schienen die Reporter nicht gut genug vorbereitet zu sein bei ihren Berichten.

Mit dem Rundfunkprogramm des Senders NDR-MV waren die Teilnehmer grundsätzlich zufrieden. Es wurde aber kritisiert, dass viel

zu viel englischsprachige Musik gesendet wird. Viele älter Mitbürger haben in der Schule kein Englisch gelernt.

Alles in allem, es lohnt sich den NDR in Schwerin aufzusuchen. Wir wurden sehr gut informiert und die Verantwortlichen zeigten sich bereit, Anregungen aufzunehmen und zu durchdenken.

Landrätin abgewatscht

Der Kreistag beschließt Nahverkehrskonzept mit großer Mehrheit

Von Björn Griese,
Fraktionsvorsitzender

Über 10 Monate ist das Nahverkehrskonzept für Nordwestmecklenburg in der Diskussion im Kreistag und seinen Gremien. Ämter, Städte und Gemeinden sowie andere Institutionen hatten die Möglichkeit, Stellungnahmen dazu abzugeben. Grundlegende Änderungen gab es jedoch nicht. Das Konzept sieht ein Mehr an ÖPNV für den ländlichen Raum vor – nicht fast ausschließlich getragen durch den Schülerverkehr wie bisher. Denn fast die Hälfte des Jahres ist keine Schule, nämlich in den Ferien und am Wochenende. Dann steht der Fahrgast bisher dumm da an der Bushaltestelle.

Das Konzept

Das neue Konzept sieht sieben Hauptverkehrsachsen vor. Ein zweigliedriges Ergänzungsnetz soll den „Zubringerverkehr“ zu diesen Achsen sicherstellen. Einerseits durch klassischen Busverkehr, andererseits durch alternative Bedienformen. Zudem soll das Tarifsystem im Kreis endlich harmonisiert und vereinfacht werden. Die Preise sollen erschwinglich sein, um den Bus wirklich für Menschen im ländlichen Raum attraktiv zu machen. Mehr Fahrgäste sollen für mehr Einnahmen sorgen. Wir halten das Konzept für innovativ und gleichzeitig mutig – jedoch unabdingbar für die Daseinsvorsorge in unseren Landkreis. Wir wollen zudem Sozialtarife (die der alte Kreistag bereits

beschlossen hat), damit der Bus für alle Nordwestmecklenburgerinnen und Nordwestmecklenburger erschwinglich ist – egal ob arm oder reich, ob jung oder alt.

1x Schwarz-Weiss dagegen

Beim Nahverkehrskonzept herrscht ein breiter fraktionsübergreifender Grundkonsens. Einzig die Verwaltungsspitze aus der Landrätin Kerstin Weiss (SPD) und ihrem Stellvertreter Gerhard Rappen (CDU) brachten in den letzten Wochen und Monaten immer neue Bedenken vor: Die prognostizierte Verdreifachung der Fahrgastzahlen (außer Schülerver-

kehr!) sei zu optimistisch – Herr Rappen verringerte in seiner Zeit als amtierender Landrat die Taktzeit, was wohl dann lediglich zu einer Verdopplung der Fahrgastzahlen führen wird; das Finanzierungskonzept sei zu vage – eigentlich doch Aufgabe der Verwaltung, dies sicherzustellen – der Kreistag formulierte ein besonderes Risiko von 1 Mio. € im Startjahr 2016; die ersten juristischen Bewertungen um die Vergabe eigenwirtschaftlicher Aufträge, seien nicht mehr haltbar – eigentlich erwarten wir auch hier eine belastbare Bewertung durch die Kreisverwaltung; die Direktvergabe an unsere(n) Busbetrieb(e), wie das Konzept es vorsieht, sei viel-

leicht in Gefahr – daher muss man alles stets und ständig verzögern??? ... nebenbei ist noch der geistige Vater des Konzepts abhandengekommen und wechselt zum Landkreis Ludwigslust-Parchim. Viele „Kleinigkeiten“ Drumherum im Agieren der Landrätin stützten den Eindruck, dass hier irgendwie verzögert wird. Warum? Das lasse ich mal offen. Aber es stärkte jedenfalls nicht die



Position des Kreises bei einer möglichen weiteren Auseinandersetzung mit einem privaten Busunternehmen, dass gerne ganz oben mitbestimmen möchte, wo und wann der Bus fährt. Aber genau dieses Bestimmungsrecht soll der Kreistag haben und niemand anders, sonst besteht die Gefahr, dass wir doch am Ende weniger Busverkehr auf „unwirtschaftlichen“ Strecken haben.

Die Ohrfeige

Daher gab es am Donnerstag einen fraktionsübergreifenden Antrag von CDU, SPD und der LINKEN, um das Konzept endlich zu beschließen und die Rahmenbedingungen festzulegen – sehr zum Unmut der Landrätin. Die brachte kurzfristig drei umfangreiche Änderungsanträge ein, die wieder Verzögerungen vorprogrammiert

hätten. Doch sie scheiterte damit auf ganzer Linie. Nicht nur, dass die erst vor kurzem gebildete schwarz-rote „Koalition“ zusammen mit LINKEN und Grünen ihre Anträge abschmetterte. Vertreter von CDU und SPD teilten auch verbal gegen die Landrätin aus, wie ich es noch nicht erlebt hatte: Verzögerungstaktik, Führungsschwäche, Hin und Her, Hochnäsigkeit, ... dem brauchte man kaum etwas hinzuzufügen. Bei weiteren Anträgen, u.a. zur Neubesetzung der Geschäftsführerrolle bei den Grevesmühlener Busbetrieben, steigerte sich diese emotionale Debatte in schallende Ohrfeigen für die Verwaltungschefin, die dann kleinlaut anklingen ließ, dass sie ausbade, was andere vor ihr zu verantworten hätten. Zerknirscht kündigte sie an, alle Beschlüsse im Nachgang juristisch zu bewerten und ggf. Widerspruch einzulegen. Das ist ihr gutes Recht und ihre Pflicht und kann natürlich zu weiteren Verzögerungen führen. Ich vermute, der Kreistag wird sich mit dem Thema auch am 19. Februar befassen müssen. Noch ist nicht alles in trockenen Tüchern. Es gibt noch einiges zu tun, damit der ÖPNV ab 2016 rollen kann, wie der Kreistag es will.

Ob Frau Weiss ihre „Koalition“ wieder kicken kann, ob es eine reine Beigeordnetenwahl-Zwangsehe war, die nach ein paar Monaten schon wieder geschieden ist, bleibt abzuwarten. DIE LINKE wird jedenfalls weiter konstruktiv im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner und unseres Wahlprogramms Politik im Kreistag machen.

Wismarer Stadthaushalt von LINKEN nicht abgelehnt

Von Uwe Boldt

Wenn wir Aussagen von SPD- und CDU-Bürgermeistern zitieren, dann ist dieses nicht alltäglich. Die Sprecher des Aktionsbündnisses: „Für die Würde unserer Städte“, Dagmar Mühlendorf (SPD) Oberbürgermeister Mühlheim a. d. Ruhr und Peter Jung (CDU) Oberbürgermeister Wuppertal haben im Kaiserslauterer Appell deutliche Forderungen an Bund und Länder formuliert, die wir nur unterstützen können: „Wir fordern unser Recht. Der weitaus größte Anteil an den Schulden der Kommunen

ist die Folge Jahrzehnte lang erlassener und nicht ausreichend gegenfinanzierter Gesetze von Bund und Ländern.“

Die Diskussion über Umverteilung finanzieller Mittel, die von den LINKEN seit vielen Jahren gefordert wird, hat also endlich auch die Regierungsparteien erfasst.

In der Haushaltsdebatte der Bürgerschaft kurz vor Weihnachten, die dieses mal ganz anders verlief als in vergangenen Zeiten, wurde diese Entwicklung sehr deutlich.

Der Bürgermeister in seiner Antragsbegründung und die Frakti-

onsvorsitzenden fast aller Parteien haben, bezogen auf o.g. Aussagen, deutlich gemacht, dass sehr viele Kommunen die Fehlentwick-



Hoffentlich mit im Haushalt? Die Seebrücke in Wismar ist seit Mai 2014 gesperrt. Das Gelände ist marode. Zur Saison 2015 soll es erneuert sein.

lungen und somit die Auswirkungen auf die konkreten Lebensverhältnisse der Bürger nicht mehr aus eigener Kraft korrigieren können.

Der Stadthaushalt für 2015 hat ein Defizit von 5,038 Mio. € und kann bei noch so großem Sparwillen nicht ausgeglichen werden.

Der Unsinn in Bundes- und Landespolitik geht weiter. Kreisumlage wird auf der Grundlage des Zahlenwerkes vom 2010 berechnet (als Wismar noch kreisfrei war) und um 780.000 € auf insgesamt

(Fortsetzung von Seite 3)

15.158.000 € erhöht. Die Schlüsselzuweisungen wurden um 396.000 € erhöht wobei gleichzeitig die Sonderhilfen um 133.000 € und der Familienlastenausgleich um 269.000 € gekürzt wurden. Unterm Strich ein Minus von 6.000 €

Weiterhin ist der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer um 711.000 € gegenüber 2014 gekürzt worden (auf der Grundlage von Berechnungen aus dem Jahre 2007 - wozu gibt es eigentlich Computer?). Der Verdacht kann aufkommen, dass das Land seine Rücklagen auf Kosten der Kommunen bildet. Hier ist dringender Handlungsbedarf.

Darüber hinaus ist die Gewerbesteuer so zu überarbeiten, dass dort wo die Wertschöpfung und damit die Inanspruchnahme von Infrastruktur stattfindet, auch die Steuer zu zahlen ist. In Wismar Zahlen 76,4% der Unternehmen keine Gewerbesteuer und ganze 33 Betriebe (1,1%) über 50.000 € im Jahr. Für 2015 wird bereits eine Reduzierung der Einnahmen gegenüber 2014 um 1 Mio. eingeplant. Das ist nicht hinnehmbar, wenn gleichzeitig die Steuern und Gebühren für die Bürger steigen.

Das erkennbare Bemühen der Verwaltung, unter den o.g. Bedingungen einen akzeptablen Haushalt aufzustellen, die Offenheit und Transparenz in der Diskussion der Ausschüsse und die klare Benennung der Ursachen für die prekäre Haushaltslage führte zu teilweiser Zustimmung unserer Bürgerschaftsfraktion für den Haushalt 2015.

»Frieden statt NATO«

Unter diesem Motto stand die Rosa-Luxemburg-Konferenz 2015 am 10. Januar 2015 in Berlin, die mit mehr als 2300 Besuchern, die Kapazitäten des Hauses der Urania völlig ausreizte.

richten könne – »ohne Post, ohne Internet, ausgeliefert nur der ARD«. Erst recht kam sein Nachsatz an: „Leider habe niemand die Absicht, eine Dornenhecke hochzuziehen“.

zeichnete Beitrag von Oskar Lafontaine wurde zu einem Höhepunkt.

Nicht weniger engagiert äußerten sich bei der Podiumsdiskussion, der CDU-Politiker Willy Wimmer und der Schauspieler Rolf Becker.

Willy Wimmer verwies auf die Verlogenheit, wenn im Zusammenhang mit der Ukraine viel über Völkerrecht und die internationale Rechtsordnung nach 1945 gesprochen wird. Beide sind durch den Angriffskrieg auf Jugoslawien in den Orkus gedrückt worden, genau wie die Verfassung (GG), in der steht, dass Deutschland einen wesentlichen Beitrag zum Weltfrieden leisten soll und sich nicht an Angriffskriegen beteiligen darf.

Rolf Becker bestätigte das durch seine Erfahrungen beim Solidaritätsbesuch in Jugoslawien 1999 während der Bombardements. Es war ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung, denn es wurde vorran-



Die von führenden Politikern signalisierte deutsche Bereitschaft, sich stärker an NATO-Kriegen zu beteiligen, die Verschärfung von Krise und Kriegsgefahr sowie das aktuelle Geschehen in Paris, beunruhigen viele und spiegelte sich in den Referaten und auf dem Podium wider.

Die Kriegstreiber in der Wirtschaft benannte die in Kanada lehrende Ökonomin Radhika Desai und der Vorsitzende der sehr erfolgreichen

In kleineren Beiträgen wurde über konkrete Aktionen, gemeinsame Vorhaben, Protest und Widerstand berichtet

Das reichte von der Information über die Medienkooperation von vier europäischen linken Tageszeitungen, Initiativen gegen die Münchner Sicherheitskonferenz und den G-7-Gipfel im Juni in Bayern bis zur Unterstützung von Flüchtlingen oder für eine Zivilklausel an Hochschulen.



Volle Säle in der Berliner Urania. Foto: Claudia Schröppel

belgischen Partei der Arbeit, Peter Mertens. Über die Kriegspropaganda der Medien sprachen US-Professor Linn, der Journalisten ausbildet und Iwan Rodionow, Chefredakteur der neuen Internetausgabe von RT (Russia Today) in deutscher Sprache. Die Kriegstreiber in der Politik wurden von allen Rednern angegriffen.

Der Publizist Otto Köhler, der an diesem Tag 80 wurde, hatte die Lacher auf seiner Seite als er den Vorschlag unterbreitete, eine undurchdringliche Dornenhecke ums Schloss Bellevue zu pflanzen, hinter der sich »der alles bedrohende« Joachim Gauck auf Lebenszeit als Bundespräsident ein-

Ein Kinderarzt der Vereinigung der »Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges« (IPPNW) aus der Regionalorganisation in Israel berichtete über Fortschritte, da es gelang Politikern auch die katastrophalen Folgen weitentfernter „kleiner Atomkriege“ aufzuzeigen. Die Chefredakteurin von M&R, Susann Witt-Stahl berichtete mit Bandmitgliedern von Banda Bassotti über deren Teilnahme an einer antifaschistischen Karawane in die Ostukraine und deren geplante Fortsetzung.

Der durch politische Schärfe und emotionale Vortragsweise gekenn-

gig die Infrastruktur zerstört. Dieser Angriff auf Jugoslawien war die Voraussetzung für die folgenden Kriege zur Kontrolle des Nahen Ostens und zur weiteren Einkreisung von Russland und China.

Willy Wimmer hatte bereits in einem Aufsatz in der „jungen Welt“ geschrieben: Es wäre wichtig, gegen die Hybris der Mächtigen auf dem Weg in den globalen Krieg die Glocken läuten zu lassen - gemeinsam, unabhängig von Partei- oder Religionszugehörigkeit.

Horst Neumann, 14.1.2015

der WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Am Schilde 7a, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Uwe Boldt, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.03.2015



Hartz IV grenzt aus, spaltet das Land und hat die Armut verschärft - Hartz IV ist nicht die Lösung, sondern Teil des Problems

Von Jörg Böhm, Vorsitzender des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Dass durch Hartz IV die Arbeitslosigkeit gesenkt wurde, ist eines der Märchen, das gern erzählt wird. Das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ hatte die Kürzung des Arbeitslosengeldbezuges auf maximal 18 Monate sowie die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und Einführung der sogenannten Grundsicherung für Arbeitssuchende – besser als Hartz IV bekannt – zum Inhalt. Das Einzige, das mit Hartz IV erreicht wurde, war, mehr Druck auf Beschäftigte und Arbeitslose auszuüben, jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen, um nicht auf die Rutschbahn in die Armut zu gelangen. Mit den anderen drei Hartz-Gesetzen wurde der Arbeitsmarkt prekariert und der größte Niedriglohnssektor in der EU geschaffen. Im Jahr 2013 gab



es knapp 6.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr in MV als 2003, aber allein die Zahl der Leiharbeiter stieg um knapp 6.000, die Zahl der Teilzeitbeschäftigung um 70.000. Im September 2014 gab es bundesweit plötzlich 414.000 sv-pflichtig Beschäftigte mehr, weil ab sofort die Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst und an den Freiwilligenjahren FSJ, FÖJ usw. sowie die Menschen in den Werkstätten für Behinderte dazugezählt wurden. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war im Jahr 2012 bundesweit nicht höher als 1994. Es gibt nicht mehr Arbeit, die Arbeit wurde nur zu schlechteren Bedingungen umverteilt. Hartz IV ist ein Bürokratiemonster, das alle Beteiligten überfordert, zu tausenden Widersprüchen und Klagen geführt und die Gerichte heillos überlastet hat. Gleichzeitig sind von den Obers-

ten Gerichten zwei Verstöße gegen das Grundgesetz festgestellt worden: bei der Ermittlung der Regelsätze und bei der Errichtung der Jobcenter. Letzteres im Übrigen wissentlich, also vorsätzlich. Weniger Arbeitslose durch Hartz IV? Monatlich, so sagt die Agentur für Arbeit, wird die Statistik demografisch um ca. 1.200 Arbeitslose entlastet. Das sind 14.400 pro Jahr, 72.000 in fünf Jahren, plus die 93.000 im Jahresdurchschnitt 2014 plus 5 weitere Jahre Demografie... 2005 hatten wir in M-V offiziell 180.400 Arbeitslose. Hartz IV ist aus Sicht der Hilfebedürftigen und des Sozialstaates gescheitert. Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und damit verbundene Perspektivlosigkeit haben sich verfestigt, zehntausende Menschen in MV müssen dauerhaft von Hartz IV leben. Mit Hartz IV können wir die Zukunft dieses Landes nicht gestalten. Hartz IV ist nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems und gehört abgeschafft.

DIE LINKE will Aktionsplan „Inklusion“ schaffen

Von Uwe Boldt

Bis zum IV. Quartal diesen Jahres soll durch den Landesvorstand ein Inklusionsbeirat berufen werden, der unter anderem eine Inklusionskonferenz vorbereitet und letztlich bis zum Frühjahr 2016 den Entwurf des Aktionsplanes „Inklusion“ für den Landesvorstand zum Landesparteitag erarbeitet.

die Komplexität dieses Themas in allen Ebenen unserer Gesellschaft darstellen und so bereits grundlegende Fehler der Landesregierung bei deren Umsetzung aufzeigen. Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Förderung kostet Geld.

Für den Bereich Bildung sind aus unserer Sicht deshalb zwei wesentliche Forderungen aufzustellen:

1. Sachgerechte Ausstattung des Unterrichts. Dazu gehört:

- umfassende Diagnose aller Förderbedarfe
- jedem Schüler ist bei gemeinsamem Unterricht eine individuelle, bedarfsgerechte Förderung zu ermöglichen
- die finanzielle Ausstattung der Schulen ist deutlich zu verbessern
- gemeinsamer Unterricht fordert förmlich die 10jährige Schulpflicht (Förderzeit erhöhen)

2. Reform der Lehrerbildung, der Fort- und Weiterbildung sowie Einführung des Faches „Inklusionspädagogik“. Im einzelnen sind dazu folgende

Schwerpunkte umzusetzen:

- grundsätzliche Änderung der Lehrerausbildung (weg von der schulartenbestimmten Ausbildung hin zur Stufenausbildung)
- umfassende Integration der Inklusionspädagogik in der Lehrerbildung
- gezielte, praxisnahe Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte aller Schulen des Landes
- Schaffung der Möglichkeit inklusionspädagogischer Schwerpunktbildung innerhalb der Lehrerbildung

So wie hier im Bereich Bildung sind für alle Lebensbereiche die Bedingungen zu analysieren, um gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben durch Beseitigung bestehender Hemmnisse und Probleme zu ermöglichen. Das fordert eine enge und konzentrierte Zusammenarbeit des Inklusionsbeirates mit Wissenschaftlern, Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden und Fachleuten aus der Praxis.

Blockupy beschließt Protest-Choreographie für 18. März

Von L. Tannhäuser

Am 18. März wollen in Frankfurt die Spitzen der Politik und Finanzwelt die Eröffnung der EZB (Europäische Zentralbank) festlich begehen. Mehr als 200 Aktive aus über zehn Ländern haben sich bei einem Blockupy-Aktiventreffen darauf verständigt, diese Feier mit massiven Protesten gegen die menschenfeindliche Austeritätspolitik der Troika aus EZB, Europäischer Kommission und IWF zu stören und zu behindern.



Vorgesehen sind Blockaden am Vormittag während der Feier, eine zentrale Kundgebung mit Kulturprogramm am späten Mittag in der Innenstadt und ab 17 Uhr eine große Demonstration durch das Stadtzentrum. Blockupy-Sprecher Roland Süß erklärte: "Kreativ und entschlossen werden wir die zynische Party der Verantwortlichen für die tödliche Sparpolitik blockieren und verhindern, dass sie sich ungestört selbst feiern können."

Der Widerstand in Europa wächst. Es ist wichtig, dass es Kristallisationspunkte für den Protest gibt, zu denen die sozialen Bewegungen europaweit mobilisieren können. Der 18. März wird ein solcher Kristallisationspunkt sein."

Das bundesweite Blockupy-Bündnis wird getragen von Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener emanzipatorischer Gruppen und Organisationen, darunter die Interventionistische Linke, Attac, Occupy Frankfurt, Gewerkschaften, Jugend- und Studierendenverbände, das Erwerbslosen-Forum Deutschland, die Partei Die Linke, das Netzwerk Friedenskooperative und das Bündnis "Ums Ganze". Weitere Informationen: <https://blockupy.org>.



Auf der Tagung des Landesparteitages am 06.12.2014 hat Simone Oldenburg in ihrem Redebeitrag kritisch zu bisherigen Bemühungen der Landesregierung zur Inklusion an unseren Schulen Stellung bezogen. Deutlich konnte Sie

TERMINE (1)

Feb 16 @ 17:00 Uhr

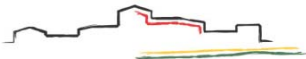
»Café Courage«

Geschäftsstelle Wismar

MdL Simone Oldenburg lädt ein ins »Café Courage« zu einer Gesprächsrunde zum Thema:

„Gleichstellungspolitik in Nordwestmecklenburg – Wir sind auf dem Weg!“

Feb 16 @ 18:30 Uhr



kommunalpolitisches forum
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

AfD und PEGIDA – demokratische Bewegungen oder eine Gefahr für die Demokratie?

Malzfabrik Grevesmühlen

Referent: Jan Müller, Uni Rostock

Informationsveranstaltung zum Thema: AfD und PEGIDA – demokratische Bewegungen oder eine Gefahr für die Demokratie?

Feb 25 @ 18:00 Uhr

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus

Hochschule Wismar

Diskussion / Vortrag mit Prof. Dr. Rainer Rilling, Marburg

Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus

2014 ist „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ auch auf Deutsch erschienen. Das Werk des französischen Ökonomen Thomas Piketty hatte bereits im Vorfeld für großes Aufsehen gesorgt. Dabei handelt es sich um ein Buch, das im „Niemandland“ zwischen Ökonomie und Geschichte wandert

Mrz 6 @ 17:00 Uhr Frauentagsfeier in der Kapelle Weitendorf...

...mit einem Strittmatter-Programm „Zunderholz und Funken“

(Der Eintritt ist frei. Wir bitten um eine Spende für unser Kinderfest)

(Fortsetzung auf Seite 7)

70 Jahre nach der Jalta-Konferenz Was sie wollte und was sie brachte

Von Horst Neumann

Das Ende des 2. Weltkrieges mit allen langfristigen Folgen macht das Jahr 1945 zu einem bedeutenden Markstein der Weltgeschichte. 70 Jahre danach gibt es somit eine Vielzahl von Anlässen an die damalige Weichenstellungen zu erinnern, da sie bis heute Auswirkungen haben.

Das Treffen der Regierungschefs der Sowjetunion, Großbritanniens und den USA (Stalin, Churchill und Roosevelt) im Februar in Jalta auf der Krim gehört dazu.

Die dort gefassten Beschlüsse umfassten 9 Festlegungen zur Nachkriegszeit. *

Deutschland betreffend wurden nach der bedingungslosen Kapitulation die Aufteilung des Landes in drei, später vier, Besatzungszonen und die Sektorengrenzen in der Hauptstadt Berlin festgelegt. In der gemeinsamen Erklärung der drei Regierungschefs wird die Absicht formuliert, den deutschen Militarismus und das deutsche Nazitum auszurotten und dafür zu sorgen, dass Deutschland nie wieder in der Lage sein wird, den Frieden der Welt zu stören. Benannt wird nicht nur die Entwaffnung und Auflösung aller bewaffneten Verbände und den deutschen Generalstab ein für allemal zu zerschlagen, sondern auch jede deutsche Industrie auszumerzen

oder zu überwachen, die für militärische Produktion verwendet werden könnte. Alle Kriegsverbrecher sind einer gerechten und schnellen Bestrafung zuzuführen. Für alle von den Deutschen verursachten Zerstörungen ist Wiedergutmachung in entsprechenden Leistungen zu erzwingen.

Was daraus geworden ist, ist bekannt.



Von besonderer Bedeutung war der Beschluss, so schnell wie möglich eine allgemeine internationale Organisation zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit zu schaffen, deren Charta auf einer Konferenz am 25. April 1945 in San Francisco ausgearbeitet werden sollte, unter Einbeziehung von Frankreich und China. Ziel war es, im Zusammenwirken mit anderen friedliebenden Nationen eine Weltordnung des Rechts zu schaffen, gewidmet dem Frieden, der Sicherheit, der Freiheit und der allgemeinen Wohlfahrt der Menschheit. Durch dauernde enge Zusammenarbeit aller friedlieben-

der Völker sollen Angriffskriege verhindert sowie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kriegsursachen beseitigt werden.

So erfolgte im gleichen Jahr die Gründung der Vereinten Nationen. Obwohl sie nicht immer ihrer Zielstellung gerecht wurde, erwiesen sie sich als eine wichtige Institution, um Probleme in den internationalen Beziehungen der Völker aufzugreifen und dazu beizutragen, dass aus dem kalten Krieg kein heißer wurde.

UN-Organisationen zu Fragen der Gesundheit, der Bildung oder zu den Flüchtlingen haben weltweit zu positiven Entwicklungen beigetragen bzw. konnten Härten lindern. Durch die einseitige Dominanz der USA nach dem kalten Krieg wurden die Grundsätze der UNO-Charta immer öfter missachtet. Der Krieg gegen Jugoslawien z.B. markiert einen solchen Bruch. Entscheidungen der UNO zu Libyen und der Elfenbeinküste haben den Krieg befördert statt ihn zu verhindern. Wie sich die UNO weiterentwickelt, bleibt abzuwarten. Ihre Gründung und Existenz beweisen aber eindeutig, dass friedliche Lösungen auch bei den größten Gegensätzen möglich sind, den Willen der Partner bzw. Gegner allerdings vorausgesetzt.

* hier nach dem amtlichen Text des "State Department der Vereinigten Staaten"

Wo gibt es noch Menschen die sich einmischen?...

Von Robert Alexander Warna

Wie lassen sich stetig fallende Wahlbeteiligungen erklären? Die Politik kennt darauf kaum Antworten. Leider. Bewegungen wie „PEGIDA“ gehen durch Deutschland, bekehren Massen an enttäuschten Mitbürgern.

In solch einer schwierigen Zeit eine Gruppe von interessierten, engagierten Mitbürgern zu formieren, welche die Politik offen und freudig mitdenken wollen, klingt schwierig. Wenn diese Gruppe dann auch noch weltoffen, tolerant und forsch zupacken soll, klingt es noch schwieriger. Nun will ich noch behaupten, dass diese Gruppe von Menschen aus Kindern und Jugendlichen besteht, welche von

Altersgenossen in freier, geheimer, gleicher, unmittelbarer und allgemeiner Wahl in ein Ehrenamt ohne Entschädigung gewählt werden, was würden Sie davon halten?

Ein solches Projekt gibt es jedoch in der Hansestadt Wismar. Kinder und Jugendliche haben sich zusammengefunden, um als Sprachrohr ihrer Altersgruppen zu fungieren. Dies können sie im KiJuPa. Mit breiter Unterstützung der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar, insbesondere der Fraktion DIE LINKE., hat das KiJuPa 10.000 € pro Jahr zur Verfügung. Mit diesem Geld werden Vereine und Initiativen unterstützt, welche Kinder und Jugendlichen betreffen, jedoch auch eigene Projekte geplant und durchgeführt.

Meine Erfahrungen im KiJuPa zeigen mir, wie schwierig es sein kann die vielen verschiedenen Meinungen der einzelnen Mitglieder unter einen Hut zu bringen.

Auch eine geeignete Arbeitsweise zu finden scheint oftmals schwer.

Mittlerweile sind die größten Hürden jedoch genommen. Das KiJuPa hat ein eigenes Büro im Techenhaus (ehem. KJFZ) und feste Sprechstundenzeiten. Die erste Wahlperiode neigt sich nun dem Ende hin, bald steht die Neuwahl an und damit viel Arbeit.



Willkommen im Abendland – Rostock für alle Kundgebung mit über 1000 Bürgern aus Rostock und Umgebung

Von Peter Vorbau

Das Bündnis „Rostock nazifrei“ hatte für Montag, den 05. Januar zu Kundgebungen auf dem Doberaner Platz und am Kröpeliner Tor eingeladen. Unter dem Motto „Willkommen im Abendland – Rostock für alle“ protestierten über 1000 Bürger aus Rostock und Umgebung gegen die in einer Woche geplanten Aktionen des Pegida-Ablegers „Rogida“, unter ihnen Detlef Bojahr, Uwe Boldt, Harald Kothe und Peter Vorbau aus Wismar. Nach der ersten Kundgebung auf dem Doberaner Platz bewegte sich ein bunter Demonstrationzug mit vielen Plakaten zum Kröpeliner Tor.

In ihren Ansprachen forderten die Redner, unter ihnen Hikmat Al-Sabty (Landtagsabgeordneter/Linke), Anette Niemeyer (Bündnis Rostock nazifrei) und Iman Jonas



Bogesch (Migrantenrat) den Protest am 12. Januar mit eindrucksvollen Veranstaltungen fortzusetzen. Sie entlarvten die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Ausländer als menschenfeindlich ebenso, wie diffuse Ängste vieler Menschen vor sozialem Abstieg für Fremdenfeindlichkeit missbraucht werden. So erklärte Julian Barlen (Landtagsabgeordneter/

SPD), dass in Mecklenburg/Vorpommern bei einem Anteil 0,5 % der Bevölkerung mit islamischer Religion von einer Islamisierung keine Rede sein kann.

Erläuterungen:

Pegida: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes

Rogida: Rostocker gegen die Islamisierung des Abendlandes.

Schwegdida gegen Mvgida in Schwerin

Von Thomas Konieczny

Das Bündnis SCHWEGDIDA (Schweriner gegen die Idiotisierung des Abendlandes) rief zu einer Kundgebung auf, um gegen die MVgida-Bewegung Flagge zu zeigen. Die Veranstalter rechneten mit ca. 150 Teilnehmern, gekommen sind über 800. Auch Mitglieder unseres Kreisverbandes waren vor Ort und gaben zusammen mit den Schwerinern ein starkes Zeichen gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit ab.

An der MVgida Kundgebung nahmen ca. 350 Teilnehmer teil. Ne-



ben den üblichen Verdächtigen, die man auf jeder NPD Kundgebung antreffen kann, nahmen lei-

der auch einige Schweriner Bürger an der von NPD-Anhängern dominierten Kundgebung teil.

Info-Stand am Hochhaus Wendorf fand viel Zuspruch

Von Uwe Boldt

Die erneute Aktion von Mitgliedern der Wismarer Stadtorganisation der LINKEN und der Freunde von attac am 04.12.2014 war wieder ein voller Erfolg. Zahlreiche Bürger des Wohngebietes informierten sich trotz unangenehmen Herbstwetters über das Anliegen der selbstorganisierten europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA und brachten ihren Protest gegen die undemokratischen Geheimverhandlungen mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck. Die erforderliche Anzahl



von 1 Mio. Unterschriften in Europa, die das EU-Parlament zwingt, sich öffentlich mit diesen Verträ-

gen bzw. Vertragsverhandlungen zu beschäftigen, wird auch durch solche Aktionen wahrscheinlicher.

TERMINE (2)

Mrz 10 @ 19:00 Uhr

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP)

Saal der Feuerwehr, Gadebusch

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Christa Luft



Die EU und die USA verhandeln über ein Freihandelsabkommen. Diese Verhandlungen über die so genannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) laufen bereits seit Monaten und zwar hinter verschlossenen Türen.

Mrz 21 @ 10:00 Uhr

Landesbasiskonferenz

Malzfabrik Grevesmühlen

Mrz 23 @ 19:00 Uhr

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Vom »Unrechtsstaat« und der Tragödie des Parteikommunismus

Konferenzsaal TGZ Wismar

Vortrag mit Prof. Dr. Michael Brie aus Berlin



War die DDR ein „Unrechtsstaat“?

„Im Zuge der Koalitionsverhandlungen in Thüringen ist, just 65 Jahre nach Gründung der DDR, eine alte Debatte neu entbrannt. Dabei handelt es sich bei dem Begriff des Unrechtsstaats um eine ausgesprochen problematische Vokabel.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Der Freundeskreis Rosa Luxemburg im Jahreswechsel - Rück- und Ausblick

Zur Arbeit im Jahre 2014

Am 13. Dezember trafen sich Vertreter der acht im Land existierenden Freundeskreise Rosa Luxemburg zu einem Erfahrungsaustausch im Rostocker Stiftungsbüro. Unser Freundeskreis Nordwestmecklenburg war durch den Autor und unseren bewährten Plakatgestalter Duncan Ó Ceallaigh vertreten. Zu den in Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2014 von der RLS insgesamt durchgeführten 180 Veranstaltungen mit 7352 Teilnehmern steuerten wir in unserem Kreis 23 Veranstaltungen mit 846 Teilnehmern bei; von letzteren organisierte der Freundeskreis 18 Veranstaltungen mit 270 Teilnehmern; die übrigen gehen auf das Konto von „Jugend rockt für Toleranz“ und Veranstaltungen in Schulen. Je eine Veranstaltung fand in Schönberg, Gadebusch und Grevesmühlen statt, die restlichen 15 in Wismar. Mit dem Umfang unserer Aktivitäten bewegten wir uns unter den Freundeskreisen des Landes im oberen Drittel.

Unsere thematischen Schwerpunkte waren Sicherheitspolitik, Ökonomische- und Zukunftsprobleme, Internationale Politik, Kulturpolitische und Literarische Themen, Europäische Union, Zeitgeschichte (Mauerfall) und Erinnerungsarbeit. Die meisten (gezählten) Teilnehmer hatten wir mit 98 bei der Lesung von Karsten Uwe Heye aus seinem Buch „Die Benjamins“; weit übertroffen worden sein dürfte diese Anzahl mit der Ausstellung „Sinti und Roma in Deutschland“, die wir gemeinsam mit der evangelischen Kirche im Rahmen der Interkulturellen Woche in Wismar durchgeführt haben. Die Nikolaikirche zählte während der Ausstellung täglich um die tausend Besucher, die fast alle für die von Schülern der Europaschule Rövershagen erarbeitete Ausstellung Interesse zeigten. Ein längerer Beitrag von der Eröffnung wurde im NDR-Nordmagazin gesendet. Eine Interessante Rückschau auf die Geschehnisse im Herbst 1989 gelang uns mit einem Podiumsgespräch, zu dem wir vier in der Region verwurzelte Menschen aus unterschiedlichen Lebensbereichen eingeladen hatten.

Unser Publikum rekrutiert sich vorwiegend aus der älteren Generation, themenabhängig (Sicherheitspolitik!) überwogen mitunter auch die Jüngeren. Gegenüber dem Jahr 2013 ging die Teilnehmerzahl zurück, wobei sich ein mehr oder weniger fester Teilnehmerstamm herausgebildet hat, vorwiegend von Leuten, die nicht parteipolitisch organisiert sind. Die Anzahl der Teilnehmer, die der LINKEN angehören, dürfte um 15 bis 20% liegen; auch bei ihnen ist die Teilnahme leider rückläufig.

Ausblick auf 2015

Am 17. Dezember trafen sich sieben Mitglieder des Freundeskreises, um über die nächsten Aufgaben für das Jahr 2015 zu beraten. Dazu ist zu bemerken, dass es keine formalisierte Mitgliedschaft im Freundeskreis gibt; willkommen sind alle, die an dieser Form der politischen Bildung mitwirken möchten. Der Beratung lagen eine Reihe von Themen- und Referentenvorschlägen vor, die in der Diskussion gewichtet und für die Weiterverfolgung ausgewählt wurden. Dabei wurde der Wille bekräftigt, Veranstaltungsorte im Landkreis zu verstetigen, vor allem zunächst Schönberg, Gadebusch, Grevesmühlen und Warin, was bei Interessensbekundungen andere Orte natürlich nicht ausschließt.

Inzwischen sind die Vorbereitungen für erste Veranstaltungen im 1. Halbjahr abgeschlossen; an der Vorbereitung weiterer Veranstaltungen wird gearbeitet. Bei den schon durchorganisierten handelt es sich im Einzelnen um:

- Eine Buchvorstellung mit Dr. André Brie am 21.01. 19 Uhr im Wismarer Rathaus, Raum 28 zum Thema „Frieden kriegt man nicht“
- Ein Vortrag mit Prof. Dr. Rilling aus Marburg am 25.02. 18 Uhr an der Hochschule Wismar, Raum 208 zum Thema „Thomas Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus“
- Ein Vortrag mit Prof. Dr. Christa Luft aus Berlin am 10.03. 19 Uhr in Gadebusch, Saal der Feuerwache zum The-

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im November und Dezember 2014 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unsere Genn. Maria Steinke und unseren Gen. Bruno Kerbstadt zum 91. Geburtstag sowie an Genn. Luise Schulz zum 89. Wiegenfest. Gen. Heinrich Lenke gratulieren wir zum 88. und Gen. Gerhard Gorzitza erhält Glückwünsche zum 87. Auf 86 Lebensjahre blicken die Gen. Manfred Fischer und Gerhard Vorbröcker zurück. Glückwünsche zum 83. Geburtstag gehen an die Genn. Erika Schmidt und Edith Knöfel sowie an den Gen. Lothar Marek. Alle guten Wünsche zum



82. gehen an Gen. Horst Bachmann und Gen. Peter Luckmann gratulieren wir zum 81. Geburtstag. Zum 80. wünschen wir Genn. Charlotte Bibow und Gen. Arno Spudat alles erdenklich Gute. Zum 75. gehen gute Wünsche an die Genn. Ingeborg Hilger und die Gen. Manfred Blank und Reinhard Bubberr. Glückwünsche zum 70. erhält Gen. Norbert Niemann und zum 65. gratulieren wir den Genn. Christiane Stecker und Heidemarie Ziel. Glückwünsche zum 60. Geburtstag senden wir an die Genn. Monika Steigmann und Carola Groth und 55 Jahre alt wird Gen. Ralf Wäscher. Herzliche Glückwünsche erhalten ebenfalls Genn. Ines Reeck zum 45., Gen. Andreas Behm zum 40. und Genn. Anja Griese zum 35. Geburtstag.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteilarbeit.

Weihnachtsmann in guter Gesellschaft



Von Thomas Konieczny

Zu einer gemeinsamen Weihnachtsfeier hat die Stadtfraktion der Linken in der Gadebuscher Stadtvertretung und die BO Amt Gadebusch der Linken eingeladen. Bei Kaffee, Kuchen, kleinen Leckereien und interessanten Gesprächen trafen sich 25 Mitglieder und

Sympathisanten, um sich gemeinsam auf das bevorstehende Weihnachtsfest und den Jahresausklang einzustimmen. Erste Vorstellungen über Veranstaltungen und Vorhaben für das Jahr 2015 wurden besprochen und werden auf der nächsten Vorstandssitzung aufgegriffen und in den Arbeitsplan 2015 aufgenommen.

ma „Das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und den USA (TTIP)“

- Ein Vortrag mit Prof. Dr. Michael Brie aus Berlin am 23.03. 19 Uhr in Wismar, Konf.-Saal des TGZ zum Thema „Vom ‚Unrechtsstaat‘ und der Tragödie des Parteikommunismus“
- Eine Buchvorstellung mit Prof.

Dr. Fülberth aus Marburg am 14. April im Wismarer Filmbüro zum Thema „Marxismus“.

Wir hoffen, damit aktuelle, der Diskussion bedürftige Themen ausgewählt zu haben und würden uns freuen, wenn wir mit unseren Bemühungen auf entsprechenden Zuspruch stießen.

Lutz Tannhäuser